

Pulsnitzer Tageblatt

Versprecher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— Erscheint an jedem Werktag —
Im Fall höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,65 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfd.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Beilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfd., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfd.; amtlich 1 mm
30 Pfd. und 24 Pfd.; Reklame 25 Pfd. Tabellarischer Satz 50%, Ausschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Abgabe oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz W. S., Großröhrsdorf, Dretzig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. R. Strauß & Söhne (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 70

Montag, den 24. März 1930

82. Jahrgang

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Die Volksschule) hatte wegen Platzmangel zu ihrer Entlassungsfeier nicht die Öffentlichkeit, sondern nur die Angehörigen der Abgehenden und die Schulverwaltung eingeladen. Eine zahlreiche Vertretung des Schulbezirksvorstandes, an der Spitze Herr Stadtrat Beyer, nahm daran teil. Nach einer Einleitung, die in Lieb und Wort Jugend und Reinheit pries, wandte sich einer der Scheidenden, Herr Haufe, an die Kinder. Was Geist, Gemüt und Körper in der Schule an Förderung erfahren haben, rief er lebhaft ins Gedächtnis, dabei immer zur Anwendung im Leben mahnend; er brach eine Lanze für gesunde Lebensweise und vernünftige Erholung. Seine Ratschläge auf hygienischem Gebiete wurden durch den Film „Wie bleibe ich gesund“ veranschaulicht, einen Versuch, den die Anwesenden aufmerksam und heiter verfolgten. In den Worten zur Entlassung erinnerte Herr Schulleiter Ulbricht an die schlimme Zeit vor acht Jahren, in der die Abgehenden am Anfang ihrer Schulzeit einen vielgestaltigen Unterricht empfingen. Glücklicherweise habe sich das Vernein in den letzten Jahren in geordneten Bahnen bewegen können. Das Comité, gesungen vom Schulchor unter Herrn Kiedelhans Leitung, war der letzte Gruß der Schule an die fünfzig Scheidenden Schüler.

Pulsnitz. (Volksschule.) Morgen abend um 8 Uhr findet in der Schule eine Besprechung mit den Eltern der Schulneulinge statt.

(Austausch französischer und deutscher Lehrer) Ueber den Austausch französischer und deutscher Lehrkräfte ist eine Vereinbarung getroffen worden. Die deutschen Bewerber und Bewerberinnen müssen mindestens vier Halbjahre lang Vorlesungen in der Universität gehört haben und eine Bescheinigung über die Teilnahme an Seminaren vorlegen. Sie werden mit der Erteilung deutschen Sprachunterrichts an französischen höheren Knaben- und Mädchenschulen beschäftigt werden. Die Bewerber mit Doktor- oder Staatsprüfung werden vorzugsweise an Volkshochschulen und möglichst am Sitz einer Universität untergebracht werden. Sie erhalten eine Jahresentschädigung von 8000 bis 9000 Franken (1500 bis 1600 RM) sowie im allgemeinen freie Wohnung und Verpflegung. Etwas Geringere sächsische Lehrer und Lehrerinnen um Berücksichtigung beim Austausch sind auf dem Dienstweg beim Volksbildungsministerium einzureichen.

(Aus den sächsischen Gesetzblättern.) Das Ministerialblatt für die sächsische innere Verwaltung Nummer 6 vom 20. März enthält folgende Verordnungen bzw. Bekanntmachungen: Verordnung über die Einführung von Hinweisen in den Standsregistern; Feuerwuchswoche vom 27. April bis 4. Mai 1930; Waffenausgleich für 1928, Vorläufe für 1929; Befreiung der Hebammen von der Anstellspflicht; erste Änderung der Bestimmungen für die Prüfung von Geflügelzuchtgeblütern in Sachsen; Reisekostenberechnungen in Fällen nichtbestätigten Verdachts der Gehirnmeningitis- und der Gehirnentzündung der Pferde; Erlass der Aufwertungssteuer bei Höheraufwertung von Hypotheken; Aufwertungssteuer-Erlass bei Grundstückskäufen in der Zeit vom 14. 2. 24 bis 31. 3. 26; Richtlinien für die Übernahme in den Kriminalvollzugsdienst; Tanzunterricht; Maul- und Klauenseuche-Ausbrüche auf Ferkelmärkten.

(Malkäfer-Plage steht bevor) Aus verschiedenen Anzeichen läßt sich mit Sicherheit schließen, daß das Frühjahr 1930 eine große Malkäferplage bringen wird. Seit dem Herbst werden an vielen Stellen der Mark zahlreiche ausgebildete Malkäfer nicht unter der Grasdecke gefunden. Man glaubt, daß die Milde des Winters die Entwicklung dieser Baumschädlinge so stark gefördert hat, daß ihr Auftreten das Malkäferjahr 1926 noch übertrifft. An manchen Stellen werden schon Vorkehrungen zur rechtzeitigen Bekämpfung getroffen.

(Das Wandergewerbe in Sachsen.) Im vergangenen Jahr wurden in Sachsen 13237 Wandergewerbescheine erteilt und 2353 ausgedehnt. 12007 Scheine wurden an Inländer erteilt. Im Jahre zuvor sind 13405 Wandergewerbescheine erteilt und 2301 ausgedehnt worden. In den Jahren vorher sind je 14000 bis 15000 Scheine erteilt und rund 2200 bis 2400 ausgedehnt worden, wäh-

Der 8. Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei

Ein Telegramm an den Reichspräsidenten — Reichsminister a. D. Dr. Scholz macht programmatische Ausführungen
Stahlhelm und Reichspräsident

Mannheim. Der achte Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei wurde am Sonnabend vom Parteiführer Reichsminister a. D. Dr. Scholz eröffnet. Die Mitglieder der Reichstags- und Landtagsfraktionen waren fast vollzählig anwesend. Auch die Minister Dr. Moldenhauer und Dr. Curtius waren erschienen. Weiter bemerkte man den Direktor der Deutschen Bank, v. Stauff, die Witwe Wassermanns und Vertreter aus Danzig und dem Saargebiet. Einstimmig wurde auf Vorschlag des Parteivorstehenden Geheimrat Kahl wiederum zum Vorsitzenden des Parteitages gewählt. Geheimrat Kahl nahm die Wahl an und gedachte, während sich der Parteitag erhob, des Todes Dr. Stresemanns, dessen Wahlspruch es gewesen sei, durch Arbeit und Opfer die Freiheit des Vaterlandes mit Hilfe einer nationalen Realpolitik zu erreichen. Auch diesen Parteitag habe Dr. Stresemann noch vorbereitet. Es werde auch weiterhin keinen Parteitag geben, der nicht irgendwie unter dem Einfluß des Geistes Stresemanns stehen werde.

Auf Vorschlag des Redners fand sodann der Parteitag ein Telegramm an den Reichspräsidenten, in dem es heißt, der Parteitag gedenke zu Beginn seiner Beratungen in entscheidungsschwerer Zeit des Reichsoberhauptes, des lebendigen Symbols der nationalen Einheit aller Deutschen. Er erneuere das Gelöbnis getreu dem vom Reichspräsidenten gegebenen hohen Beispiel, das Gesamtwohl von Volk und Vaterland allem anderen voranzustellen und mit allen gleichgesinnten Kräften dem Wiederaufstieg des Reiches zu dienen.

Der ersten Begrüßungsrede folgten weitere, darunter die Rede eines Vertreters von Danzig, des Justizrats Menzel. Er brachte die Bedenken gegen das Liquidationsabkommen mit Polen zum Ausdruck, indem er darauf hinwies, daß der ganze Osten durch das Liquidationsabkommen zu dem Glauben gekommen sei — fälschlicherweise —, daß das Reich den Osten preisgeben wolle. Der Redner forderte, daß der Parteitag in diesem Punkte aufklärend wirke, um die Bedenken des deutschen Ostens zu zerstreuen. Ein Vertreter des Saargebiets, Landrat Schmelzer, wies sehr sorgenvoll auf die Lage des Saargebiets hin und wandte sich mit der Bitte an den Reichsaußenminister, bei den neuen kommenden Verhandlungen über das Schicksal des Saargebiets keine Zugeständnisse zu machen.

Der Parteivorstehende spricht.

Dann ergriff der Parteivorstehende, Dr. Scholz, das Wort zu einer Rede über die politische Lage und über die Stellung der Deutschen Volkspartei. Er charakterisierte zunächst das Verhältnis seiner Partei zu den anderen großen Parteien rechts und links von der Volkspartei und führte dabei folgendes aus: Auch die Deutsche Volkspartei sehe in der Weimarer Verfassung nicht das Ideal, aber die Liebe zum Staat und zur Mitarbeit an den nun einmal gegebenen Verhältnissen würden alle Kritik überwinden. Dr. Scholz sprach in diesem Zusammenhang von der Befreiung des Staates durch die Deutsche Volkspartei, so, wie der deutsche Staat nun einmal ist. Dann wandte er sich gegen die Rechte und machte der Deutschnationalen Volkspartei den Vorwurf, daß sie Utopien nachjage und daß der Haß gegen die Deutsche Republik bei ihr die Liebe zum Staat überwuchere. Der Ausdruck dieser Gesinnung habe sich auch bei der Agitation für das Volksbegehren und bei der Agitation gegen den Young-Plan gezeigt. Dadurch sei ein tiefer, kaum überbrückbarer Riß in dem Bürgertum entstanden. Dann machte Dr. Scholz der Rechten den Vorwurf, daß sie die Person Hindenburgs in die politische Debatte hineingezerrt habe. Der Sozialdemokratie erklärte Dr. Scholz, es sei wichtig, festzustellen, daß auch die Sozialdemokratie nicht auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehe.

Als Aufgabe der Deutschen Volkspartei bezeichnete Dr. Scholz, die beiden großen Flügelparteien rechts und links zur Mitarbeit und zur Hingabe an den Staat zu erziehen. Der Liberalismus vertrage sich allerdings grundsätzlich nicht mit der Weltanschauung des Sozialismus, und deshalb wäre wohl

ein dauerndes Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie kaum möglich.

Um die Unzweckmäßigkeit von Neuwahlen im jetzigen Augenblick zu beweisen, wies der Redner auf die Berliner Kommunalwahlen hin, wo trotz günstiger Wahlparole für die Bürgerlichen die extremen Parteien gewonnen hätten. Die Konse-

quenz der Lage sei eine Sammlung des Bürgertums, aber nicht mit dem Ziele einer dauernden Ausschaltung der Sozialdemokratie aus den Regierungsgeschäften, sondern nur mit dem Ziel, der Sozialdemokratie einen gleichwertigen Verhandlungspartner gegenüberzustellen. In diesem Sinne richtete Dr. Scholz an alle Parteien die Aufforderung zu einem engeren Zusammenschluß.

Dr. Scholz wandte sich dann der Finanzpolitik zu und bekräftigte, wie er es schon in der Zentralvorstandssitzung getan hat, daß

die Partei unbeirrt an ihren Grundgedanken festhalten würde,

und daß die Partei entschlossen sei, die letzten Konsequenzen zu ziehen, wenn sie erwache, daß sie ihre Ziele mit der jetzigen Koalition nicht durchsetzen könne.

Zur Reichsreform betonte Dr. Scholz, die Deutsche Volkspartei werde nun mit aller Entschlossenheit die Reichsreformpläne in Angriff nehmen, und zwar in Zusammenarbeit mit der Preußenfraktion und mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luthert. Die Deutsche Volkspartei werde noch in dieser Legislaturperiode einen dementsprechenden Gesetzesentwurf im Reichstage einbringen. Ferner bekräftigte der Redner die Durchführung der Wahlreform. Gegenüber den Gefahren des Volkswesens betonte Dr. Scholz,

es müsse nun das Schwergewicht der deutschen Politik nach dem Osten verlegt werden.

Zum Schluß äußerte er sich über die kulturpolitischen Probleme und bezeichnete als Aufgabe seiner Partei, in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für die Erhaltung der christlichen Grundlagen des Staates zu sorgen.

Der Abschluß des Reichsparteitages der Deutschen Volkspartei.

Mannheim. Der Parteitag der Deutschen Volkspartei ist nach nur siebenstündigen Verhandlungen am Sonnabend nachmittag bereits wieder geschlossen worden. Die Parteileitung hat davon abgesehen, Entschlüsse einzubringen oder ein besonderes Vertrauensvotum von dem Parteitag zu fordern.

In die Ausführungen des Parteiführers Dr. Scholz hatte sich eine umfangreiche Aussprache angeschlossen, in deren Verlauf auch der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer das Wort nahm. Er erklärte, es sei ihm nicht leicht geworden, Steuererhöhungen zu dem gleichen Zeitpunkt vorzuschlagen, für den ein sozialdemokratischer Finanzminister Steuerentlastungen in ganz erheblichem Umfang zugefagt habe. Ohne Ordnung der Finanzen könne eine unbeirrte Außen- und Innenpolitik auf die Dauer nicht geführt werden.

Stahlhelm und Reichspräsident v. Hindenburg

Berlin, 23. März. Der Bundesvorstand des Stahlhelm Bund der Frontsoldaten, hat in seiner Sitzung vom 23. März einen Beschluß gefaßt, in dem es u. a. heißt: „Wir erkennen die Annahme des Youngplanes und des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens durch den Reichstag nicht als für das deutsche Volk verpflichtend an. Wir sind entschlossen, jede politische Möglichkeit zu benutzen, um die Ketten der auf der Kriegsschuldlast ausgebauten „Friedensverträge“ und aller aus ihnen abgeleiteten Verpflichtungen jedweder Art zu zerbrechen. Auch die Unterschrift des Herrn Reichspräsidenten ändert an dieser Auffassung nichts. Der Sieger von Tannenberg und der große Führer des deutschen Heeres im Weltkrieg bleibt für uns der erste Soldat der alten Armee. Dem Reichspräsidenten aber, der die Verantwortung für die Verknüchtung des deutschen Volkes auf Geschlechter hinaus glaubt auf sich nehmen zu müssen, vermag das Frontsoldatengeschlecht aus seinem Verantwortungsbewußtsein heraus nicht zu folgen. Wir haben das Vertrauen verloren, daß eine Regierungsgewalt, die dem deutschen Volke die Freiheit wiederbringen wird, unter dem heutigen System geschaffen und getragen werden kann von Parteien und von irgendeiner aus Parteialgeordneten zusammengesetzten Volksvertretung. Wir fordern für den Staatsausbau eine wahrhaft freie, von keiner Partei- und Interessenpolitik gesteuerte Führung, eine starke Reichsgewalt, unter deren Schutz und Förderung die Bundesstaaten ihr Eigenleben zur höchsten Leistung für die Nation entfalten können. Wir fordern als Vorbedingung des gesunden staatlichen Lebens die Wiederaufrichtung der deutschen Wehrmacht, deren Grundlage die Erziehung der Jugend zur Ehrfurcht vor der großen Vergangenheit unseres Volkes, zum Wehrwillen und zur christlich sittlichen Lebensführung ist.“